



---

## 8. ÄNDERUNG DES FLÄCHENNUTZUNGSPLANES IM PARALLELVERFAHREN MIT DER AUFSTELLUNG DES VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLANES "SOLARPARK ORNBAU"

---

### BEGRÜNDUNG MIT UMWELTBERICHT

### FNP-ÄNDERUNG

### VERFAHRENSVERMERKE

Vorentwurf vom 14.12.2023  
Entwurf vom 08.05.2024

---

#### VERFASSER



#### PLANUNGSBÜRO GODTS

Hauptbüro/Postanschrift:  
Römerstraße 6,  
73467 Kirchheim am Ries  
Telefon 0 73 62/92 05-17  
E-Mail [info@godts.de](mailto:info@godts.de)

Zweigstelle/Donau-Ries  
Hauptstraße 70, 86641 Rain

Stadtplanung • Landschaftsplanung • Umweltplanung

#### BEARBEITUNG :

Dipl.-Ing. Joost Godts  
B. Sc. Beate Herz

|          |  |           |
|----------|--|-----------|
| <b>A</b> | <b>BEGRÜNDUNG</b>  | <b>3</b>  |
| 1        | Planungsanlass.....  | 3         |
| 2        | Lage des Plangebietes / Bestand .....  | 3         |
| 3        | Raumordnung und Landesplanung .....  | 3         |
| 4        | Erschließung .....   | 6         |
| 5        | Flächennutzungsplan.....   | 7         |
| <b>B</b> | <b>UMWELTBERICHT</b>   | <b>8</b>  |
| 1        | Allgemeines .....  | 8         |
| 2        | Zusammenfassende Beschreibung und Bewertung der schutzgutbezogenen<br>Auswirkungen ..... | 8         |
| 3        | Planungsalternativen .....   | 10        |
| 4        | Aussagen zur Umweltverträglichkeit.....  | 10        |
| <b>C</b> | <b>FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG</b>   | <b>11</b> |
| <b>D</b> | <b>VERFAHRENSVERMERKE</b>  | <b>12</b> |
| 1        | Aufstellungsbeschluss .....  | 12        |
| 2        | Beteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB .....                                   | 12        |
| 3        | Billigungs- und Auslegungsbeschluss.....   | 12        |
| 4        | Beteiligung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB .....                                   | 12        |
| 5        | Feststellungsbeschluss.....  | 12        |
| 6        | Genehmigung .....  | 13        |
| 7        | Aufgestellt / Ausgefertigt .....   | 13        |
| 8        | Wirksamwerden .....  | 13        |



## **6.1 Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur**

### **6.1.1 Sichere und effiziente Energieversorgung**

**(Z)** Die Versorgung der Bevölkerung und Wirtschaft mit Energie ist durch den im überragenden öffentlichen Interesse liegenden und der öffentlichen Sicherheit dienenden Um- und Ausbau der Energieinfrastruktur sicherzustellen und hat klimaschonend zu erfolgen. Zur Energieinfrastruktur gehören insbesondere

- Anlagen der Energieerzeugung und -umwandlung,
- Energienetze sowie
- Energiespeicher.

## **6.2 Erneuerbare Energien**

### **6.2.1 Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien**

**(Z)** Erneuerbare Energien sind dezentral in allen Teilräumen verstärkt zu erschließen und zu nutzen.

**(G)** Es sollen ausreichende Möglichkeiten der Speicherung erneuerbarer Energien geschaffen werden. [...]

### **6.2.3 Photovoltaik**

**(G)** Freiflächen-Photovoltaikanlagen sollen vorzugsweise auf vorbelasteten Standorten realisiert werden. An geeigneten Standorten soll auf eine Vereinbarkeit der Erzeugung von Solarstrom mit anderen Nutzungen dieser Flächen, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion sowie der Windenergienutzung, hingewirkt werden.

**(G)** Im notwendigen Maße soll auf die Nutzung von Flächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten hingewirkt werden.

#### Berücksichtigung der Ziele und Grundsätze des LEP:

Die Planung erfolgt dahingehend ressourcenschonend (LEP 1.1.3 G), dass im Rahmen des parallel aufgestellten vorhabenbezogenen Bebauungsplanes eine Aufgeständerte Bauweise der Module festgesetzt wird. So wird die Ressource Grund und Boden von flächenhaften Eingriffen durch Versiegelung wirksam verschont. Zudem erfolgt aufgrund der Art der Ausführung in Verbindung mit der festgesetzten Rückbauverpflichtung und Festlegung einer Nachfolgenutzung kein irreversibler Verlust der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Prinzipiell sorgt zudem die Nutzung erneuerbarer Energien (LEP 1.3.1 G) dafür, dass andere Ressourcen (bspw. fossile Energieträger) nicht beansprucht werden müssen.

Dem Zweckverband Altmühlsee wie auch der Stadt Ornau ist es zudem ein wichtiges Anliegen erneuerbare Energien auszubauen, sodass der vorliegende Bebauungsplan einen Teil dazu beitragen soll (LEP 6.1 G & 6.2.1 Z). Zudem sind Anlagen zur Speicherung /Umwandlung der erzeugten Energie zugelassen, um auf Verbrauchsspitzen flexibel reagieren zu können (6.2.2 G). Aufgrund der Überprägung durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung und der vorhandenen Freileitung wird zudem ein teilweise vorbelasteter Standort genutzt (LEP 6.2.3 G).

Dem Regionalplan der Region Westmittelfranken (RP 8) sind die folgenden, auf das Plangebiet anwendbaren Ziele und Grundsätze zu entnehmen:

## **5 Wirtschaft**

### **5.4 Land- und Forstwirtschaft**

#### **5.4.2 Landwirtschaft**

**5.4.2.2 (G)** In Gebieten mit ungünstigen Erzeugungsbedingungen ist es von besonderer Bedeutung, die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für eine Weiterbewirtschaftung dieser Flächen, auch im Sinne der Erhaltung einer intakten Kulturlandschaft, zu verbessern. Dies gilt insbesondere für die mittel- bis flachgründigen Lagen in Teilen [...] des Mittelfränkischen Beckens [...].

## **6 Energieversorgung**

### **6.2 Erneuerbare Energien**

#### **6.2.1 Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien**

**(G)** In der Region ist anzustreben, erneuerbare Energien, wie insbesondere [...] direkte und indirekte Sonnenenergienutzung [...] im Rahmen der jeweiligen naturräumlichen Gegebenheiten der Regionsteile verstärkt zu erschließen und zu nutzen, sofern den Vorhaben öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

### **6.2.3 Solarenergie**

**6.2.3.1 (G)** Das Nutzungspotenzial der Solarenergie für die Wärme- und Stromversorgung soll in den hierfür geeigneten Bereichen innerhalb der Region soweit möglich genutzt werden.

**6.2.3.2 (G)** Bei der Errichtung von Freiflächen-Solaranlagen soll eine flächensparende Nutzung, wie insb. die Mehrfachnutzung von Fläche, angestrebt werden. Dabei sind die Belange des Orts- und Landschaftsbilds sowie des Naturhaushaltes zu berücksichtigen.

**6.2.3.3 (G)** Freiflächen-Solaranlagen sollen in der Region i.d.R. an vorbelasteten Standorten errichtet werden. Ausnahmen sind insb. dann zulässig, wenn ein vorbelasteter Standort im betroffenen Gemeindegebiet nicht zur Verfügung steht und sichergestellt ist, dass eine Planung das Orts- und Landschaftsbild nicht erheblich beeinträchtigt.

**6.2.3.4 (Z)** Freiflächen-Solaranlagen sind außerhalb der regionsweit bedeutsamen schutzwürdigen Täler sowie

- landschaftsprägenden Geländerrücken zu errichten.

**6.2.3.5 (G)** Es ist anzustreben, dass im regionalen Maßstab hochwertige Böden nicht flächenhaft der Landwirtschaft durch Freiflächen-Solaranlagen entzogen werden.<sup>3</sup>

### **7.1.3.2 (Z) Landschaftliche Vorbehaltsgebiete**

In den landschaftlichen Vorbehaltsgebieten soll der Sicherung und Erhaltung besonders schutzwürdiger Landschaftsteile bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht beigemessen werden.

### **7.2.3 (G) Hochwasserschutz**

Es ist von besonderer Bedeutung, Überschwemmungsgebiete von konkurrierenden Nutzungen, insbesondere von Bebauung, freizuhalten.

#### Berücksichtigung der Ziele und Grundsätze des RP:

Die vorstehenden Erläuterungen zu den Zielen und Grundsätzen des Landesentwicklungsprogramms sind sinngemäß auch auf die Ziele und Grundsätze des Regionalplanes der Region Westmittelfranken anwendbar.

Im Regionalplan stehen die beiden die Grundsätze zum Erhalt der Landwirtschaft und dem Ausbau erneuerbarer Energien jedoch im Gegensatz zueinander, sodass die Stadt das Für und Wider abwägen muss. So ist zum einen die klimafreundliche Energieerzeugung und eine ggf. möglichst autarke Versorgung des Stadtgebietes mit Energie ein wichtiges Ansinnen des Zweckverbandes Altmühlsee und auch der Stadt Ornbau (6.2.1 G, 6.2.2 G). Zum anderen ist es dem Zweckverband Altmühlsee und der Stadt ebenso ein Ansinnen, dass die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für erneuerbare Energien keine Existenzprobleme für die örtlichen Landwirtschaftsbetriebe hervorruft und der Boden als Produktionsgrundlage erhalten bleibt (5.4.2.2 G, 6.2.3.5 G). Aus diesem Grund wurde zum einen im Rahmen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes eine Rückbauverpflichtung mit Nachfolgenutzung festgesetzt und zum anderen geregelt, dass unter den Modulen ein Pflanzenbewuchs auszubilden ist. Dadurch kann sich der Boden regenerieren und steht nach erfolgtem Rückbau wieder für die Landwirtschaft zur Verfügung. Unter Abwägung aller für- und widerstreitenden Belange und nachdem es sich bei 5.4.2.2 G um einen Grundsatz handelt, der einen gewissen Ermessensspielraum zugesteht, hat der Zweckverband Altmühlsee somit dem Ausbau erneuerbarer Energien als vorrangigen Belang gewertet.

Auch die Belange des landschaftlichen Vorbehaltsgebietes (7.1.3.2 Z) finden entsprechend Berücksichtigung, in dem Vorgaben zur Höhe der Module und Betriebsgebäude gemacht werden, welche optische Wirkungen auf ein notwendiges Mindestmaß reduzieren sollen. Eine Eingrünung soll jedoch aus Gründen des Artenschutzes (Offenlandarten) nicht erfolgen. Ferner sind Veränderungen des vorhandenen Geländes unzulässig, damit das natürliche Landschaftsrelief erhalten bleibt.

<sup>3</sup> REGIONALER PLANUNGSVERBAND WESTMITTELFRANKEN: Regionalplan der Region Westmittelfranken (RP8)

Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit (vgl. § 2 EEG). Vor diesem Hintergrund hat die Gemeinde dem vorliegenden Bauleitplanverfahren gegenüber dem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet den Vorzug gegeben und folglich der Versorgungssicherheit der Bevölkerung größeres Gewicht beigemessen.

Der Hochwasserschutz (7.2.3 G) findet Berücksichtigung, in dem die Sondergebietsfläche den Bereich des festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Altmühl mit deckungsgleicher Hochwassergefahrenfläche HQ100 ausspart, sodass im Überschwemmungsgebiet keine baulichen Anlagen entstehen. Auch ist nicht vorgesehen, im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung Gehölzpflanzungen im Überschwemmungsgebiet vorzunehmen, sodass der Hochwasserabfluss weiterhin gewährleistet ist.

Zwar erstreckt sich noch ein HQextrem über das Plangebiet, welches auch in die Sondergebietsfläche hineinragt, jedoch ist zu erwarten, dass etwaig auftretendes Hochwasser in diesem Bereich weitgehend ungehindert abfließen kann, da PV-Freiflächenanlagen sich durch eine aufgeständerte Bauweise mit entsprechendem Bodenabstand auszeichnen, sodass nur wenige Abflusshindernisse bestehen.

Die Planung wird unter Berücksichtigung der getroffenen Festsetzungen zur Ausgestaltung der Anlage in Verbindung mit dem ausgeräumten Landschaftsbild im Umfeld der Planung als vereinbar mit den Planungszielen und -grundsätzen des Regionalplanes angesehen.

**Fazit:**

Mit der Änderung des Flächennutzungsplanes in den betreffenden Bereichen in ein sonstiges Sondergebiet zum Zwecke der Errichtung einer PV-Freiflächenanlage und damit der Nutzung einer erneuerbaren Energiequelle wird den übergeordneten Planungszielen unter Abwägung aller für- und widerstreitenden Belange entsprechend Rechnung getragen.

Auch entspricht die Planung den Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, da sich die Anlage in einem nach EEG benachteiligtem Gebiet befindet und die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen (vgl. § 2 EEG).

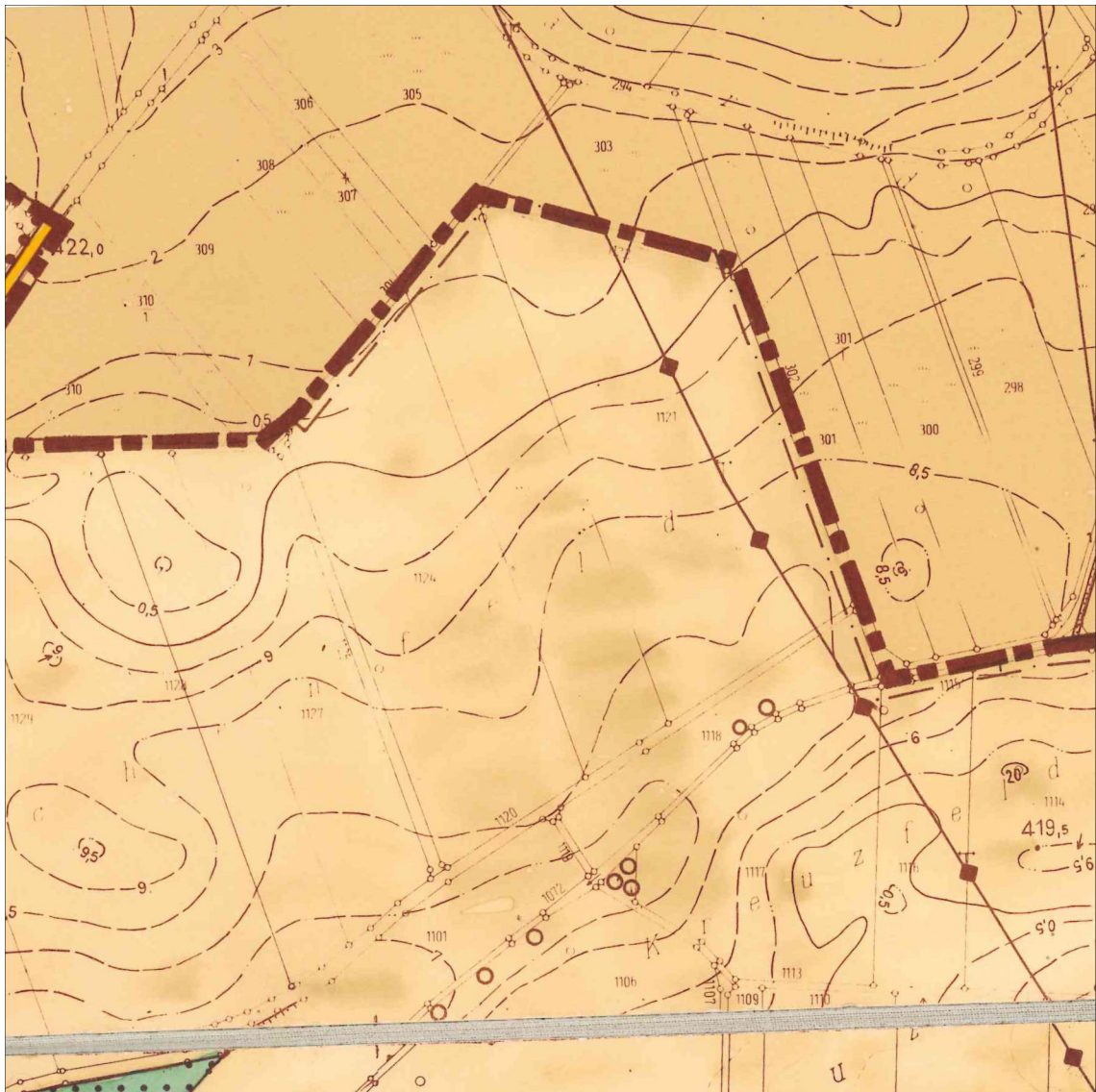
## **4 Erschließung**

Das sonstige Sondergebiet wird im Südwesten über den vorhandenen öffentlich gewidmeten Wirtschaftsweg erschlossen, welcher im weiteren Verlauf am Weiler Haag in die gleichnamige Straße übergeht. Eine verstärkte Andienung ist nur in der Bauphase nötig. In der Betriebsphase wird die Anlage nur für Wartungs- und Pflegearbeiten angefahren.

Damit ist die Erschließung für die Anforderungen an die vorgesehene Nutzung ausreichend ausgelegt und kann als gesichert angesehen werden.



Auszug aus dem bisherigen wirksamen Flächennutzungsplan (Maßstab 1:5000)



## **B UMWELTBERICHT**

### **1 Allgemeines**

Seit der am 20.07.2004 in Kraft getretenen Änderung des Baugesetzbuches muss bei der Aufstellung von Bauleitplänen gemäß §2 Abs.4 BauGB für die Belange des Umweltschutzes nach §1 Abs.6 Nr.7 BauGB zwingend eine Umweltprüfung durchgeführt werden. Dabei sind die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln und in einem Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten. Der Umweltbericht bildet gemäß §2a BauGB einen gesonderten Teil der Begründung.

### **2 Zusammenfassende Beschreibung und Bewertung der schutzgutbezogenen Auswirkungen**

Der Flächennutzungsplan selbst als vorbereitender Bauleitplan ermöglicht noch keinen Eingriff in die Schutzgüter der Umwelt. Erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung entsteht Baurecht für das entsprechende Vorhaben und die dafür notwendigen Eingriffe. Insofern werden die Auswirkungen auf die Schutzgüter der Umwelt nachfolgend überschlägig im Hinblick darauf beurteilt, dass das Vorhaben, welches die Flächennutzungsplanänderung auslöst, zur Umsetzung gelangt.

#### Schutzgut Mensch

Die Fläche wird intensiv landwirtschaftlich als Acker genutzt. Die umliegenden Flächen werden ebenfalls überwiegend landwirtschaftlich genutzt. Westlich des Plangebietes verläuft ein Fernwanderweg.

Insgesamt weist das Plangebiet selbst jedoch aufgrund seiner Strukturarmut und intensiven Nutzung keine Funktion bzgl. der Naherholung für die Bürger der Stadt Ornau mit ihren Stadtteilen auf. Eine Flächennutzungsplanänderung zu Gunsten der Ermöglichung erneuerbarer Energien lässt im Hinblick auf den Bedarf der Versorgung der Bevölkerung mit Energie als überragendes öffentliches Interesse (vgl. LEP 6.1.1 Z), die bereits ausgeräumte Kulturlandschaft und nur bedingte Erholungseignung keine erheblichen Auswirkungen erkennen.

#### Schutzgut Tiere und Pflanzen

Im Plangebiet befinden sich keinerlei Schutzgebiete. Es umfasst eine landwirtschaftlich intensiv genutzte Ackerfläche ohne nennenswerte Arten- oder Strukturvielfalt. Aufgrund der überwiegend offenen Kulturlandschaft im Umfeld ist anzunehmen, dass das Plangebiet und seine Umgebung für Vögel des Offenlandes als Lebensraum von Bedeutung sind, da diese Arten gut einsehbare, störungsarme Landschaften benötigen. Dies bestätigte sich im Rahmen faunistischer Untersuchungen welche für den parallel aufgestellten, vorhabenbezogenen Bebauungsplan durchgeführt wurden. So ist ein Revier der Feldlerche durch die Wirkungen der Anlage betroffen. Für diese werden somit auf einer externen Fläche Maßnahmen ergriffen, die den Lebensraumverlust ausgleichen (CEF-Maßnahme). Darüber hinaus können jedoch keine Auswirkungen auf planungsrelevante Arten ermessen werden. Der Kompensationsbedarf im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung kann eingriffsnah ausgeglichen werden. Somit ist von Auswirkungen geringer Erheblichkeit auszugehen.

#### Schutzgut Boden

Bei der vorgesehenen Änderung der Nutzungsart in ein sonstiges Sondergebiet kommt es nur kleinräumig zu Versiegelungen, da PV-Freiflächenanlagen in aufgeständerter Bauweise sich durch nur äußerst kleinflächige Eingriffe in den Boden auszeichnen. Einzig für den Anlagenbetrieb benötigte Nebengebäude/Nebenanlagen wie. z.B. Trafohäuschen sind flächige Versiegelungen erforderlich, wobei auch dies in einem deutlich untergeordneten Maß stattfindet. Die zu erwartenden Auswirkungen sind als gering einzuschätzen.



### Schutzgut Wasser

Die Zwischenbereiche bleiben unversiegelt, werden eingesät oder unterliegen einer Selbstbegrünung und werden extensiv gepflegt über eine Mahd oder Beweidung. Anfallendes Niederschlagswasser kann somit auch weiterhin auf den Flächen versickern. Gefahren durch die Bestehenden Hochwassergefahrenflächen HQ<sub>100</sub> und HQ<sub>extrem</sub> sind ebenfalls nicht zu erwarten, da im Bereich des HQ<sub>100</sub> keine Sondergebietsfläche vorgesehen ist und im Bereich des HQ<sub>extrem</sub> eine ausreichende Bodenfreiheit der Module dafür sorgt, dass anstehendes Wasser keinen Schaden anrichtet. Das Schutzgut ist daher nicht erheblich betroffen.

### Schutzgut Klima und Luft

Das Plangebiet ist eine landwirtschaftliche Fläche und somit als Kaltluftproduzent einzustufen. Ein Kaltluftabfluss würde nur durch die Errichtung von Barrieren behindert werden. Da bei Vorhabenumsetzung die Module jedoch aufgeständert werden, ist keine Behinderung des Kaltluftabflusses zu erwarten. Durch die Überschirmung von Teilflächen ergibt sich vielmehr eine Differenzierung beschatteter und besonnener Flächen.

Die Luftschicht über den Modulen wird voraussichtlich stärker als zuvor erwärmt, was sich auf die kleinklimatische Situation auswirken kann. Die Kapazität der Module als Wärmespeicher ist allerdings gering, sodass sie sich ausbleibender Sonneneinstrahlung schnell wieder abkühlen. Die nächtliche Kaltluftproduktionsleistung der Fläche verringert sich somit durch die Überschirmung mit Photovoltaikmodulen nur geringfügig.

Die Erzeugung von Solarenergie verringert grundsätzlich den Bedarf an fossilen Energieträgern und trägt somit langfristig zu einer Verringerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und zum Klimaschutz bei. Für das Schutzgut Klima und Luft sind Auswirkungen von geringer Erheblichkeit zu erwarten.

### Schutzgut Landschaft

Das Landschaftsbild ist im Bereich um das Plangebiet dominiert von landwirtschaftlich genutzten Flächen. Erst im weiteren Umfeld prägen Waldbereiche das Landschaftsbild. Strukturgebende Elemente bestehen kaum im Planungsumfeld. Zudem quert eine Freileitung das Plangebiet.

Es erstreckt sich weiterhin ein landschaftliches Vorbehaltsgebiet über den Bereich der Flächennutzungsplanänderung. Diese zeichnen sich laut Regionalplan u.a. aus durch eine besonders reizvolle und vielfältig strukturierte Landschaft, Waldgebiete mit hohem Erholungswert sowie besonderen Funktionen für Naturhaushalt und Erholung oder Landschaften, die für das Landschaftsbild oder die Erholung von besonderer Bedeutung sind. Vor dem Hintergrund der ausgeräumten Agrarlandschaft und der Vorbelastung durch die Freileitung sind diese Aspekte im Bereich der Flächennutzungsplanänderung nicht zutreffend.

Bei Realisierung einer PV-Freiflächenanlage ist mit optischen Wirkungen in der freien Landschaft zu rechnen. Eine Eingrünung wird jedoch aus Gründen des Artenschutzes nicht dargestellt (Gebiet für Offenlandarten), um über die Auswirkungen der Anlage hinaus keine weiteren Vergrämungswirkungen zu erzeugen. Nachdem Photovoltaikmodule in der Höhe begrenzt sind, wird trotz des Verzichts auf eine Eingrünung davon ausgegangen, dass die Planung nur mäßig auf das Landschaftsbild wirkt und mit dem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet vereinbar ist.

### Schutzgut Sach- und Kulturgüter

Im Bereich der Flächennutzungsplanänderung oder dessen näheren Umfeld sind keine Bodendenkmale bekannt. Für das Schutzgut Sach- und Kulturgüter sind somit keine Auswirkungen zu erwarten.

### **3 Planungsalternativen**

Die Flächennutzungsplanänderung wird durch ein konkretes Vorhaben ausgelöst, für welches mit dem parallel aufgestellten, vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Ornbau“ die notwendige Rechtsgrundlage geschaffen werden soll.

Somit bedingt die Flächenverfügbarkeit des Vorhabenträgers die möglichen Planungsalternativen. Nachdem dem Vorhabenträger nur die gegenständlichen Flächen zur Verfügung stehen, sind Planungsalternativen nicht gegeben.

Der Zweckverband mit seinen Mitgliedskommunen wird sich jedoch zu gegebener Zeit mit der Thematik der PV-Freiflächenanlagen befassen und bei Erfordernis entsprechende Bereiche erörtern, die für derartige Planungen bevorzugt behandelt werden sollen, damit im Hinblick auf die notwendige Infrastruktur möglichst Synergieeffekte genutzt werden können und die Auswirkungen auf das Landschaftsbild durch Bündelung von PV-Freiflächenanlagen so gering wie möglich gehalten werden.

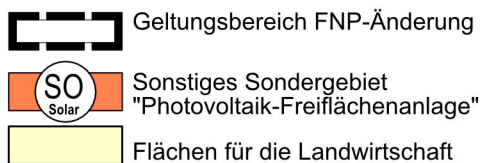
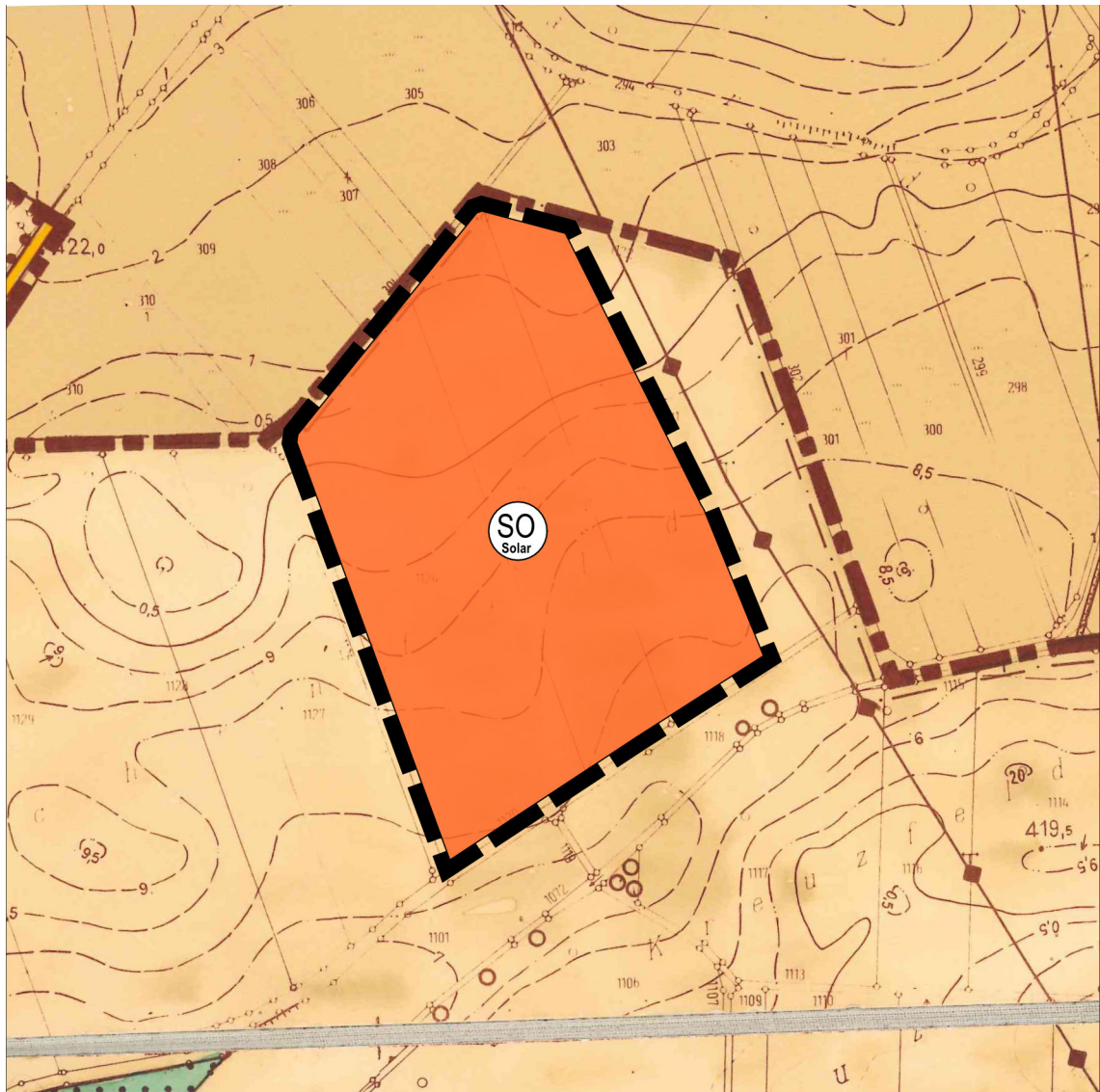
### **4 Aussagen zur Umweltverträglichkeit**

Die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes lässt keine erheblichen Umweltauswirkungen auf die nach Anlage 1 BauGB zu prüfenden Schutzgüter erkennen.

Die Umweltverträglichkeit der Flächennutzungsplanänderung ist unter Berücksichtigung aller Schutzgüter der Umwelt gegeben.

## C FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG

Der Flächennutzungsplan wird für den Bereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplans  
„Solarpark Ornau“ wie folgt geändert (Maßstab 1:5000)



Vorentwurf vom 14.12.2023  
Entwurf vom 08.05.2024  
zuletzt geändert am .....

Gunzenhausen, den .....

Kirchheim am Ries, den .....

.....  
1. Bürgermeister Karl-Heinz Fitz  
Vorsitzender des Zweckverbandes

(Siegel)

.....  
Dipl.-Ing. Joost Godts  
Planungsbüro Godts

## **D VERFAHRENSVERMERKE**

### **1 Aufstellungsbeschluss**

Das Gremium des Zweckverbandes Altmühlsee hat gem. §2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauBG) in der öffentlichen Sitzung vom **14.12.2023** beschlossen, den Flächennutzungsplan im Parallelverfahren mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark Ornau“ zu ändern. Der Aufstellungsbeschluss wurde am **15.02.2024** ortsüblich bekannt gemacht.

### **2 Beteiligung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB**

Der Zweckverband Altmühlsee hat die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung in der Fassung vom **14.12.2023** gemäß § 3 Abs. 1 BauGB unterrichtet und ihnen in der Zeit vom **26.02.2024 bis einschließlich 29.03.2024** Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.  
Ort und Zeit der Auslegung wurde am **15.02.2024** ortsüblich bekannt gemacht.

Gleichzeitig wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

### **3 Billigungs- und Auslegungsbeschluss**

Das Gremium des Zweckverbandes Altmühlsee hat am **08.05.2024** den Entwurf der Flächennutzungsplanänderung in der Fassung vom **08.05.2024** gebilligt und die Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

### **4 Beteiligung nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB**

Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung in der Fassung vom **08.05.2024** sowie die zum Auslegungszeitpunkt vorliegenden umweltbezogenen Informationen wurden gem. § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom ..... **bis einschließlich** ..... öffentlich ausgelegt.  
Ort und Zeit der Auslegung wurde am ..... ortsüblich bekannt gemacht und darauf hingewiesen, dass Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

Gleichzeitig wurde die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

### **5 Feststellungsbeschluss**

Nach der abschließenden Behandlung der Anregungen stellt das Gremium des Zweckverbandes Altmühlsee die Flächennutzungsplanänderung in der Fassung vom ....., **zuletzt geändert am** ..... in seiner Sitzung am ..... durch Beschluss fest.

Gunzenhausen, den .....

.....  
1. Bürgermeister Karl-Heinz Fitz  
Vorsitzender des Zweckverbandes

(Siegel)

## 6 Genehmigung

Das Landratsamt Ansbach hat die 8. Flächennutzungsplanänderung mit Bescheid

Nr. .... vom ..... gem. §6 Abs.1 BauGB genehmigt

Ansbach, den .....

(Siegel)

## 7 Aufgestellt / Ausgefertigt

Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieser Flächennutzungsplanänderung mit seinen Festsetzungen durch Zeichnung, Farbe, Schrift und Text mit dem hierzu ergangenen Satzungsbeschluss des Gremiums vom ..... übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften beachtet wurden.

Gunzenhausen, den .....

.....  
1. Bürgermeister Karl-Heinz Fitz  
Vorsitzender des Zweckverbandes

(Siegel)

## 8 Wirksamwerden

Die Genehmigung gem. §6 Abs.5 BauGB wurde am ..... ortsüblich bekannt gemacht. Auf die Rechtsfolgen der §§ 214 und 215 BauGB wurde hingewiesen.

Mit der Bekanntmachung wird die Flächennutzungsplanänderung wirksam.

Die Flächennutzungsplanänderung wird seit diesem Tage zu den üblichen Dienststunden im in der Geschäftsstelle des Zweckverbands Altmühlsee sowie in der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft Triesdorf zur Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben.

Gunzenhausen, den .....

.....  
1. Bürgermeister Karl-Heinz Fitz  
Vorsitzender des Zweckverbandes

(Siegel)